

	177. Vollversammlung der AK Wien vom 11.05.2022
GA	
Antrag Nr. 01	<i>Vorsorgegesetz für lebensnotwendige Güter</i>
Annahme	Ausschuss Wirtschafts- und Finanzpolitikpolitik

Im Energiebereich wurde von der AK eine gesetzliche Gasbevorratung – in Analogie zur Pflichtnotstandsreserve für Erdöl – gefordert, was letztlich von der Regierung im Rahmen der strategischen Erdgasbevorratungsreserve im Wesentlichen umgesetzt wurde. Weiters müssen Gaslieferanten für geschützte Kund:innen (dazu zählen auch Haushalte und soziale Einrichtungen) die Gasversorgung für 30 Tage sichern. Im Krisenfall sind geschützte Kund:innen vorrangig zu beliefern. Die Speicher in Österreich sind derzeit bereits zu 35 % befüllt. Die AK wird weiterhin beobachten, wie sich die Gasfüllstände entwickeln. Weiters legt die AK laufend Vorschläge vor, um sicherzustellen, dass sowohl Strom als auch Treibstoffe und Gas auch für Geringverdiener:innen leistbar bleiben bzw ein entsprechender Ausgleich für eingetretene Kostenerhöhungen erfolgt. Themen der Versorgungssicherheit werden im Bundes-Energielenkungsbeirat, aber auch im Wiener Landes-Energielenkungsbeirat behandelt. In beiden Gremien ist die AK Mitglied.

Im Sinne des Antrags wird der Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung mit anderen lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen von der AK laufend ebenso hohe Beachtung geschenkt. Auf gesetzlicher Ebene sind dabei das Versorgungssicherungsgesetz und das Lebensmittelbewirtschaftungsgesetz von entscheidender Relevanz. Bei der geplanten Novellierung der Gesetze wird die AK ebenfalls auf die Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensnotwendigkeiten bestehen. Auch im (auf Basis der beiden Gesetze eingerichteten) Bundesversorgungssicherungsausschuss bzw im Lenkungsausschuss (Lebensmittel) werden die Forderungen der AK eingebracht. Darüber hinaus ist die AK Teil eines Konsortiums in einem Forschungsprojekt (Antrag zur Finanzierung durch FFG), um die Organisation der Verteilung von Gütern im absoluten Krisenfall (Stichwort „Lebensmittelkarten“) zu modernisieren. Es sollen Vorschläge erarbeitet werden wie die heutigen technischen Möglichkeiten (derzeit technischer Stand der 60er Jahre) genutzt werden können, um eine effiziente, faire und gleichzeitig resiliente Verteilung zu erreichen.